

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Bundesregierung**  
**– Drucksache 17/38 –**

### **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

#### **A. Problem**

Im Anschluss an die terroristischen Angriffe auf die USA im September 2001 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) die internationale Gemeinschaft zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgerufen. Er hat seitdem wiederholt, zuletzt mit der Resolution 1890 (2009) vom 8. Oktober 2009, seine Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleibt für die internationale Gemeinschaft eine der zentralen Herausforderungen. Wenn sie auch nicht in erster Linie eine militärische, sondern eine umfassende politische Aufgabe ist, so erfordert die aktuelle Bedrohungslage jedoch weiterhin ebenso die lageabhängige Bereitstellung ausgewählter militärischer Kapazitäten im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) und der Operation Active Endeavour (OAE), die angemessene militärische Beiträge zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus darstellen.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich auf Grundlage des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen und der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen an beiden Operationen mit bewaffneten Streitkräften bis zu einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten, die zur See am Horn von Afrika (OEF) und im Mittelmeer (OAE) eingesetzt werden. Der laufende Einsatz der deutschen Streitkräfte ist auf 13 Monate befristet und würde dementsprechend am 15. Dezember 2009 enden.

Die Bundesregierung hat beschlossen, den Einsatz um ein Jahr bis zum 15. Dezember 2010 zu verlängern und beantragt dazu die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Die Regelungen und Zusagen im letzten Antrag der Bundesregie-

zung vom 29. Oktober 2008 (Drucksache 16/10720), dem der Deutsche Bundestag am 13. November 2008 zugestimmt hat, sollen fortgelten.

Die Bundesregierung hat in einer Protokollerklärung zugesichert, den Deutschen Bundestag regelmäßig über Einsätze auf der Grundlage dieses Mandats zu unterrichten sowie die weitere Notwendigkeit der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an beiden Operationen zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag entsprechend zu berichten. Sie wird insbesondere spätestens bis zum Sommer 2010 die Notwendigkeit einer weiteren deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und ggf. eine Überführung der bisher im Rahmen dieser Operation eingesetzten Kräfte in eine gemeinschaftliche Mission zur Pirateriebekämpfung überprüfen und den Deutschen Bundestag über das Ergebnis unterrichten; die Beteiligung an der Operation Active Endeavour bleibt hiervon unberührt.

## **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Der Abgeordnete Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU) gibt zu Protokoll, dass er sich nicht an der Abstimmung beteiligt.**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT zu den Kosten in einem gesonderten Bericht Stellung.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/38 anzunehmen.

Berlin, den 1. Dezember 2009

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Philipp Mißfelder**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichterstatter

**Stefan Liebich**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Stefan Liebich und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/38** in seiner 7. Sitzung am 26. November 2009 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 27. November 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 1. Dezember 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 27. November 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 27. November 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der

Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 27. November 2009 beraten und empfiehlt in seiner 3. Sitzung am 1. Dezember 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der Abgeordnete Dr. Peter Gauweiler gibt zu Protokoll, dass er sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Protokollnotiz der Bundesregierung zum Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 17/38:

*Die Bundesregierung wird spätestens bis zum Sommer 2010 die Notwendigkeit der weiteren deutschen Beteiligung an Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und ggf. eine Überführung der bisher im Rahmen von OEF am Horn von Afrika eingesetzten Kräfte in eine gemeinschaftliche Mission zur Pirateriebekämpfung überprüfen. Die Beteiligung an Operation Active Endeavour bleibt hiervon unberührt. Die Bundesregierung wird den Deutschen Bundestag umgehend über das Ergebnis dieser Evaluierung unterrichten.*

### IV. Beratung im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT zu den Kosten in einem gesonderten Bericht Stellung.

Berlin, den 1. Dezember 2009

**Philipp Mißfelder**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichterstatter

**Stefan Liebich**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin